

**Forschungsinstitut
der Internationalen Wissenschaftlichen
Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik
e.V. Berlin**



**W. Trillenberg (Hrg), A. Krysovatty, M. Riemann,
Ye. Savelyev u.a.**

Regionen

**unter den Bedingungen tektonischer Verschiebungen
im europäischen Wirtschaftsraum**

Berlin 2014

Forschungsinstitut
der Internationalen Wissenschaftlichen
Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik
e.V. Berlin



W. Trillenberg (Hrg.), A. Krysovatty, M. Riemann,
Ye. Savelyev u.a.

Regionen

unter den Bedingungen tektonischer Verschiebungen

im europäischen Wirtschaftsraum

Berlin 2014

Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung
Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin

Wilfried Trillenberg (Hrg.), Andrej Krysovaty, Marianne Riemann, Yevhen Savelyev u.a.

Regionen unter den Bedingungen tektonischer Verschiebungen im europäischen Wirtschaftsraum

Berlin, 2014, 208 Seiten.

Reihe: „Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik“, Nr. 38/2014
ISSN 1021-1993

Redaktionsschluss: 10. September 2014

Herausgeber:

Dr. Dr. h. c. Wilfried Trillenberg

Direktor des Forschungsinstitutes der IWWWW e.V., Berlin

Waltersdorfer Str. 51

12526 Berlin

E-mail: fol.iwwww@yahoo.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Forschungsinstitutes übereinstimmen. Alle Rechte vorbehalten. Eine Verbreitung bzw. Vervielfältigung der Beiträge ist nur mit Genehmigung des Institutes gestattet.

Bezug über:

Forschungsinstitut der IWWWW e.V.,

Für Briefpost: Postfach Nr 79 02 40, 13015 Berlin

e-mail: fol.iwwww@yahoo.de

Druck: Forschungsinstitut der IWWWW

Schutzgebühr: 17,80 Euro (incl. Versandkosten innerhalb Deutschlands)

Vorwort

Nach 12 Jahren partnerschaftlicher Zusammenarbeit wird nunmehr der 8. Band mit Forschungsergebnissen in Zusammenarbeit mit Partnereinrichtungen des Berliner Forschungsinstituts und der ukrainischen Wirtschaftsuniversität in Ternopil vorgelegt. Die Mehrzahl der Autoren kommt aus Universitäten verschiedener Regionen der Ukraine, weitere aus Russland und Deutschland. In „Regionen unter den Bedingungen tektonischer Verschiebungen im europäischen Wirtschaftsraum“ werden in 14 Beiträgen durch 17 Autoren Forschungsergebnisse vorgestellt, teilweise finanziert durch die Universitäten und Forschungsinstitute, aber auch durch internationale Forschungsförderung. Die Artikel sind in der durch die Autoren gewählten Sprache (Deutsch oder Englisch) verfasst.

In der Geologie werden tektonische Verschiebungen ganzer Erdplatten aus der ständigen inneren Dynamik der Erdkugel festgestellt. Diese großräumigen (tektonischen) Verschiebungen können auch in großen Wirtschaftsräumen, wie der Europäischen Union festgestellt werden, die sich durch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten ausweiten, durch innere Dynamik aber auch als Regionen mit Wachstumscharakter oder Stagnationscharakter verschieben. Zum Teil wird dies durch die Regionalpolitik der EU gelenkt, zum Teil wirken die Großraumverhältnisse fördernd oder stagnierend. Es entstehen Fragen nach den Möglichkeiten autonomer regionaler Entwicklung, oder können sich Regionen nicht autark entwickeln, unabhängig von den um sie herum ablaufenden Bewegungen – sowohl im nationalstaatlichen als auch im zwischenstaatlichen Verbund (tektonischen Verschiebungen)? Wie sind Regionen mit den tektonischen Verschiebungen in einem nationalstaatlichen und mehrstaatlichen Wirtschaftsraum wie der EU verbunden? Wie können Regionen auf die Bewegungen im europäischen Wirtschaftsraum reagieren? Neue Mauern zwischen Nord und Süd; aber auch zwischen West und Ost; Auswirkungen der EU-Assoziation auf die Regionen der Ukraine, Vorbereitungsphase [Unterzeichnung stattgefunden, Ratifizierung in den Parlamenten der EU und der Ukraine am 16.09.2014], Teil der Freihandelszone wird auf 2015 aufgeschoben, d.h. Fortsetzung der Vorbereitungsphase, aber unter den Bedingungen, dass ukrainische Produkte bereits zum Teil zollfrei in den EU-Raum eingeführt werden können von Seiten der Ukraine. Zu diesen und weiteren Fragen versuchen die Autoren in ihren Beiträgen Antworten zu finden.

Der Begriff des „Regionalen“ wird von den Autoren sehr breit betrachtet. Es werden

die örtlichen Räume, die Zusammenschlüsse von Territorien im nationalstaatlichen Bereich, im zwischenstaatlichen und im internationalen Bereich betrachtet und anhand von Beispielen analysiert und kommentiert. Dabei geht es auch um das Verhältnis zwischen Dezentralisierung und Regionalisierung.

Die Publikation der Beiträge erfolgt durch das Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin in seiner Schriftenreihe „Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik“ Band 38 auf der Grundlage des im Dezember 2008 geschlossenen Vertrages über Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Gebiet wissenschaftlicher Forschungen und Veröffentlichungen zwischen dem Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin und der Nationalen Wirtschaftsuniversität Ternopil (Ukraine). Mit dem vorliegenden Band „Regionen unter den Bedingungen tektonischer Verschiebungen im europäischen Wirtschaftsraum“ wird nunmehr die achte Publikation nach 2008 (Band 15 „Ostliches Europa und Visionen paneuropäischer Entwicklung“), Frühjahr 2010 (Band 19 „Dynamische Prozesse in der europäischen Wirtschaftslandschaft“), Herbst 2010 (Band 24 „World Economy - Problems and Processes“), 2012 (Band 28 „Globale und länderspezifische sozio-ökonomische Effekte“), Frühjahr 2013 (Band 32 „Platzbestimmung Osteuropas in der sozio-ökonomischen Globalisierung“), Herbst 2013 (Band 34 „Analysen und Ansichten zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine. Eine Sicht ukrainischer Forscher zu Theorie und Praxis“) und im Frühjahr 2014 (Band 35 „The world economy. Global and country-specific aspects“) im Rahmen dieser Vereinbarung vorgelegt.

Die Koordination der Beiträge mit den Autoren lag in den bewährten Händen von Prof. Dr. sc. Yevhen Savelyev, Lehrstuhlleiter für Internationale Wirtschaft an der Nationalen Wirtschaftsuniversität Ternopil. Ihm sei für seine Unterstützung bei der Erstellung des vorliegenden wissenschaftlichen Sammelbandes herzlich gedankt.

Für die inhaltliche und sprachliche Qualität der Darstellungen sind die Autoren selbst verantwortlich. Redaktionelle Veränderungen wurden nur soweit vorgenommen, wie es für die technische Gestaltung des Buches erforderlich war.

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Vorwort		3
Yevhen Savelyev	Globale tektonische Verschiebungen im ukrainischen geo-ökonomischen und geostrategischen Raum	7
Wilfried Trillenberg	Europa zwischen Zentralisierung und Regionalisierung	18
Ołena Bulatowa Illia Chentukov	Regional Development as a Factor of Internal Cohesion of European Integration	38
Andrej Krysovatyj Natalia Synyutka	Komponenten der Fiskalpolitik in der Ukraine für eine nachhaltige Entwicklung von Regionen	49
Artem Veshko	Openness and Stagnation of old industrial regions in Ukraine	70
Marianne Riemann	Die Schwarzmeerregion – eine ständige Herausforderung für die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres	82
Ljudmila Gordiyenko	Assessment of tax potential in the social field of the region	99
Galyna Trillenberg	Die Rolle des Tourismus für die Entwicklung ländlicher Regionen	108
Maksym Chubar	The prospects of increasing the export potential of Podillia economic region domestic garment industry enterprises on the markets of WTO and EU member states	121
Olga Kyrylenko Anastasia Oginska	Die regionalen Besonderheiten der Budgetausgaben für den Sozialschutz	131
Yurij Pasichnyk	Decentralisation paradigm of financial mechanism	139

Bohdan Malyniak	Zu den Hauptrichtlinien für die Reformierung der örtlichen Finanzen der Ukraine	148
Tatiana Sumskaya	Main Directions of sub-federal Budget Policy (The Novosibirsk oblast as an exemple)	159
Olga Burmatova	Estimation of the environmental situation at the level of LPS	185
Autorenverzeichnis		207
Publikationen	Forschungsinstitut der IWVWW - 2011 bis 2014	208

Andrej Krysovatyj

Natalia Synyutka

Komponenten der Fiskalpolitik in der Ukraine für eine nachhaltige Entwicklung von Regionen

Die Strategie der Ukraine für die Integration in die EU sollte verstärkt die Autonomie der sozialen und wirtschaftlichen Prozesse in den Region im Rahmen des zu transformierenden nationalen Wirtschaftsmodells einbeziehen und dafür die Fiskalpolitik des Staates korrigieren. Wir betrachten dafür den Teil der Fiskalpolitik als eine Gesamtheit der Maßnahmen des Staates, mit denen über die Veränderung der öffentlichen Einnahmen und öffentlichen Ausgaben die Entwicklung der Regionen gelenkt werden soll. Gerade in der heutigen Erholungsphase nach der Krise der Weltwirtschaft ist noch kein Gleichgewicht vorhanden; es bleibt der Mangel an finanziellen Ressourcen in den Regionen. Es entsteht der Eindruck, dass bis heute noch keine Notwendigkeit gesehen wird, die Staatsausgaben (Haushaltsmittel und Sozialfonds) entsprechend umzulenken. Es muss aber jetzt die Suche nach Maßnahmen zur Steigerung von Steuereinnahmen zur Sicherung dieser Ausgabenerhöhung intensiviert werden, ansonsten könnte kein Wachstum des regionalen BIP stattfinden. In vielen Regionen der EU sieht man eine Verschlimmerung der Schuldenprobleme (einer der Faktoren für eine Zunahme des Fremdkapitals auf dem Weltmarkt), woraus für die Ukraine folgt, dass eine Optimierung der Steuer- und Kredit-Politik erreicht werden muss mit dem Ziel, dass die Last aus der Staatsverschuldung die positiven Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine nicht negativ beeinflussen sollte. Zur Vereinfachung werden wir nicht den Unterschied zwischen den Ausgaben des Staatshaushalts und seiner Finanzierungsquellen aus Steuereinnahmen betrachten, deren Höhe relativ stabil und die Unterschiede unbedeutend sind.

Das Problem der Wahl der optimalen Balance zwischen Steuern und Schulden für die finanzielle Ausstattung der Regionalhaushalte ist verbunden mit dem Einfluss der Fiskalpolitik des Staates auf das regionale Wirtschaftswachstum verbunden, über deren Komponenten in Wissenschaftskreisen diskutiert wird.

Eine besonders starke Bipolarität lässt sich bei den Position westlicher

Wissenschaftler feststellen, die einerseits auf der Grundlage der neo-keynesianischen Theorie die Notwendigkeit einer breiten Interventionspolitik von Seiten des Staates für eine erfolgreiche Regionalentwicklung fordern, um das BIP-Wachstum zu sichern [26; 25; 27] und andererseits, die Wissenschaftler, die durch die neoliberale Tools den Schaden aus der erheblichen Umverteilung der finanziellen Ressourcen hervorheben und die Notwendigkeit rechtfertigen, den Einfluss des Staates auf die sozio-ökonomischen Prozesse zu erhöhen und damit die negativen externen Einflüsse auf die funktionierenden Regionalmärkte zu beseitigen [28; 30; 24]. Obwohl die Empfehlungen sowohl aus der ersten als auch aus der zweite Gruppe von Wissenschaftlern sich aus der kritischen Wahrnehmung der Argumente der Gegner ergeben und meist mit wirtschaftsmathematischen Modellen abgeleitet werden, kann keine der Positionen auf offensichtliche Vorteile gegenüber den gegnerischen verweisen. Darüber hinaus wurden sowohl keynesianische als auch liberale Regulierungsansätze für die nachhaltige Entwicklung der Regionen recht erfolgreich in der Praxis getestet und finden jetzt auch wiederum in hoch entwickelten Ländern Abwendung. Die Auswahl der Komponenten hängt von der jeweiligen Problemstellung ab: geht es um die Überwindung eines konjunkturellen Abschwungs oder um die Bekämpfung der inflationären Auswirkungen durch die nicht immer effektiv Expansion des Staates. Auf Grund dieser Realitäten kommen einige Forscher zu Rückschlüsse auf die Unabhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Umfang der Umverteilung des regionalen BIP [29].

Die Herausforderung bleibt, eine optimale Balance zu finden zwischen der Selbstregulierung durch den Markt und der finanziellen Tätigkeiten des Staates für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Regionen als Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft. Es muss eine Kompromisslösung gefunden werden für die Regulierung der Umverteilungsbeziehungen zwischen dem unmittelbaren Auswirkungen der örtlichen Kommunalorgane auf die Wirtschaftsprozesse, ohne Hemmnisse aufzurichten für die Wirkung der Marktanreize für Initiativen aus dem Unternehmertum. Dies ist ein Problem bei der Auswahl einer Strategie der Fiskalregulierung für jeden beliebigen Staat, vor allem für die Ukraine, die durch eine transitive signifikante Deformation bei der Entwicklung ihrer Regionen gekennzeichnet ist.

Einer der ersten Versuche, ein Modell der Beziehungen zwischen der fiskalen Expansion (Staatsausgaben) und dem Wirtschaftswachstum im post-sowjetischen Raum zu schaffen, können aus den Untersuchungen von A. Illarionov und N.

Pivovarova [14; 18-45] entnommen werden, die heftig kritisiert worden sind [7; 5-28, 20; 125-131, 23; 119-121]. Die Hauptkritikpunkte verwiesen darauf, dass das Modell die Beziehungen zwischen dem Wachstum des BIP und den Ausgaben des Staates beschreiben würde, ohne die Strukturierung der Ausgaben zu beachten. Denn eine relativ optimale Fiskalpolitik sei nur erreichbar in Ländern mit entwickelten Marktwirtschaften, aber nicht geeignet für die post-sozialistischen Ländern, wo die Staatsausgaben einer radikalen Reduzierung im absoluten Ausmaß unterlagen, ohne auf Strukturveränderungen einwirken zu können. (durch A. Illarionov und N. Pivovarova wurde eine Verringerung der Staatsausgaben auf das BIP bezogen auf 18 % bis 21 % angenommen),

Es ist bekannt, dass die Produktion von öffentlichen Gütern in der Region Ausgaben aus dem Regionalhaushalt erfordert. Darüber hinaus ist das regionale BIP-Wachstum aufgrund einer Zunahme der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage erreichbar, möglicherweise auch unter den Bedingungen geringer sozialer Sicherheit, geringer staatlicher Finanzierung für Forschung, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen etc. Wir sollten daher nicht erwarten, dass ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Regionen möglich wäre ohne eine Entwicklung der Marktinfrastruktur zu fördern, um die effektive Wirksamkeit der Einrichtungen zur Sicherung der privaten Eigentumsrechte und eines fairen Wettbewerbs Wettbewerb zu sichern, und unter anderem auch die sichere Erfüllung der Funktionen des Staates für die Garantie von Sicherheiten für die Geschäftstätigkeit. Angesichts dieser Aufgaben, kann man feststellen, dass die Mindestausgaben aus den Regionalbudgets in der Ukraine in etwa fünf Mal geringer sind als im europäischen Durchschnitt.

Ein Wirtschaftswachstum in der Region könnte auch dadurch erreicht werden, indem aus dem Budget Investitionen in die Entwicklung der regionalen Wirtschaft getätigt werden. Nach dem Gesetz von Wagner [31], nach dem die Staatsausgaben schneller wachsen als das BIP, droht der Zusammenbruch des Haushaltssystems, haben die Haushaltsausgaben für Belange der Wirtschaft eine große Bedeutung. So spielen in den EU-Mitgliedsstaaten Staatsunternehmen eine aktive Rolle bei der Belegung der Investitionsprozesse in den Regionen. Vor allem während einer Rezession, in der die Privatwirtschaft meist mehr "aufisst" von ihren finanziellen Ressourcen, dienen Investitionen des öffentlichen Sektors als Anstoß, um die makrowirtschaftliche Situation zu verbessern. Die Finanzierung dieser Investitionen, die zunächst durch Mittel aus dem Regionalbudget gedeckt werden, sichert die Budgetvergrößerung für die Zukunft (aufgrund der Erweiterung der Besteuerungsbasis). Daher kann ein

nachhaltiges Wachstum des regionalen BIP durch sehr breit gefasste Grenzen der fiskalischen Expansion erreicht werden.

Die Bestimmung der optimalen Größe und Struktur der Ausgaben der regionalen Budgets sowie das Verhältnis zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor in der Ukraine - ist ein Thema für weitere Einzeluntersuchungen. Unsere Aufgabe ist es, die Auswirkungen der Fiskalregulierung auf die sozio-ökonomische Prozesse in den Regionen unter etwas ungewöhnlicher Sicht für die moderne Ökonomie zu betrachten: wie kann man die Ressourcen aus den lokalen Steuern und Kreditaufnahme verwenden, um die Funktionen der regionalen Behörden zu finanzieren und ein maximales Wachstum des regionalen BIP zu erreichen. Dabei sollen die Einnahmen des Budgets und der Sozialfonds durch die Größe der Auszahlungen bestimmt werden und nicht umgekehrt [16; 31]; im Fall von Ungleichgewichten durch kommunale Finanzdefizite sollten diese durch lokale Darlehen abgedeckt werden. Von den Besonderheiten der Absicherung durch Steuereinnahmen und Kreditaufnahmen für die Sicherung der staatlichen Aufgabenerfüllung hängt das Wirtschaftswachstum in den Regionen in nicht geringerem Maße ab, als von der Manipulation mit Steuern im Regionalbudget für Finanzierungen (wie Unzweckmäßigkeit seiner Nutzung).

Um die optimalen Ausmaße der Steuerexpansion bestimmen zu können (Höhe der Besteuerung, die die maximale Höhe des Steueraufkommens sichert, ohne die unternehmerischen Initiativen zu unterdrücken), wird traditionell das Konzept der Fiskalkurve von Laffer genutzt [10; 34-37, 21; 34-39]. Diese Kurve beschreibt die Abhängigkeit der Steuereinnahmen von den Steuersätzen: ein Anstieg der Steuersätze (die Steuerlast auf die Wirtschaft) über einem bestimmten optimalen Niveau bewirkt einen Rückgang der Steuereinnahmen für das Budget aufgrund von Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität (Einengung der Basis für die Besteuerung).

Nach den Vorstellungen von E. Balatskyy [3; 127-136] sollte das genannte Konzept genauer betrachtet werden. Es würde eine falsche Reaktion der Produzenten (der Steuerzahler) auf eine Erhöhung der Steuern dargestellt, indem ihr Verhalten durch Änderungen bei den Steuereinnahmen beschrieben wird. Aber das primäre ist die Aktion der Steuerzahler auf die Vergrößerung der Steuerlast (Anpassung der Produktionsaktivitäten im Zusammenhang mit der Veränderung der Besteuerung). Die Beziehung zwischen dem Volumen der Produktion und der Höhe der

Besteuerung spiegelt die sogenannte Produktionskurve (VIP-Kurve) wider, die eine parabolische Form mit dem Maximum-Punkt hat. Auf ihrer Seite hängt die Summe der Steuererwartungen und der Steuereinnahmen wiederum von der Höhe der Besteuerung und damit von der Fiskalkurve ab, die eine Art Projektion der Produktionskurve darstellt.

Es wird der Anschein erweckt, dass der Verlauf einer Kurve sich nicht all zu sehr von den beiden Kurven unterscheidet und daher keine Korrekturen an das ursprüngliche Konzept von Laffer erfordert. Jedoch ist es nicht. Zwischen den Punkten des optimalen Niveaus der Besteuerung auf den beiden Kurven wird immer eine Diskrepanz beobachtet. Nach anfänglichem Rückgang ist sie aber nicht so bedeutend, um die fiskalischen Ausgaben bei einer Beschränkung der Steuerbemessungsgrundlagen für die Steuererwartungen und Steuereinnahmen als Folge von Steuererhöhungen zu überschreiten. Diese Differenz ist ein neues Element, das nicht in der klassischen Theorie von Laffer existiert. Eine Berechnung von zwei Punkten an Stelle von einem Punkt des fiskalen Optimums, die die Bezeichnung „Laffer Punkt 1“ und Laffer Punkt 2“ genannt werden, kann als eine Orientierung für das Korrigieren der Höhe der Besteuerung angesehen werden.

Es ist zu beachten, dass derzeit viele Modelle und Methoden entwickelt wurden für die quantitative Identifizierung dieser Punkte. Auf den Seiten der Wirtschaftspublikationen wurden sowohl Optimierungs- und Analysemodelle beschrieben, als auch Berechnungsalgorithmen auf der Basis der Methode der partiellen Interpolation und der grafischen Methode [4; 31-43, 8; 85-94, 9; 32-45, 18; 36-40]. Aber, wie die Praxis zeigt, mit den meisten dieser Modelle und Methoden können keine realistischen und / oder nachhaltigen Ergebnisse. Gewährleistet werden.

Recht gut hat sich ökonometrische Modell von E. Balatskij erwiesen, das auf der folgenden institutionellen Funktion basiert: (Zumindest haben die empirischen Berechnungen am Beispiel von Russland, den USA, Schweden und Großbritannien ermutigende Ergebnisse in Bezug auf die statistische Signifikanz aller Gesetze und ihre wesentlichen Inhalte gezeigt [1; 88-107]).

$$Y = \gamma DK^{(a+bq)q} L^{(n+mq)q} \quad (1)$$

wobei

Y – BIP einer Region;

K – das Kapital (Grundfonds);

L – die Arbeit (Anzahl der Beschäftigten in der regionalen Wirtschaft);

q – Niveau der Besteuerung (Teil der Steuererwartungen und Steueraufkommen T im regionalen BIP,

$q = T/Y$); D – erwarteter Trend (Funktion, in Abhängigkeit von der Zeit t);

γ, a, b, n, m – Indikatoren, statistische Schätzungen auf der Basis dynamischer Reihen aus vergangener Zeit.

Veränderungen von Y, K, L und q werden für die entsprechenden Jahre t angenommen.

Nach der Gleichung (1) ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Region eine Funktion der Arbeit, des Kapitals und der Höhe der Besteuerung. Damit hängt das Einwirken der Arbeit und des Kapitals auf das Wirtschaftswachstum in der Region ab von den steuerlichen Rahmenbedingungen: die Flexibilität (Elastizität) von Arbeit und Kapital ist eine Quadratfunktion aus dem Niveau der Besteuerung.

Die Funktion (1) ergibt die Produktionskurve, d.h. die Abhängigkeit zwischen regionalem BIP und die Höhe der Besteuerung. Die Fiskalkurve (Abhängigkeit zwischen der Steuererwartung und dem Steueraufkommen und dem Niveau der Besteuerung) beschreibt folgende Funktion:

$$T = \gamma q D K^{(a+bq)q} L^{(n+mq)q} \quad (2)$$

Der Fiskalpunkt Laffer 1 q^* bezeichnet den Maximalpunkt der Produktionskurve (1), wenn $dY/dq = 0$. Für die Funktion (1) finden wir den Punkt Laffer 1 wie folgt:

$$q^* = - \frac{1}{2} \frac{n \ln L + a \ln K}{m \ln K + b \ln K} \quad (3)$$

Wir bezeichnen den Punkt Laffer 2 mit q^{**} – Maximalpunkt der Fiskalkurve (2), wenn $dY/dT = 0$. Die Formel für den Lafferpunkt 2 der Funktion (2) hat folgendes Aussehen:

$$q^{**} = \frac{1 \pm \sqrt{(n \ln L + a \ln K)^2 - 8(m \ln L + b \ln K) - n \ln K - a \ln K}}{4(m \ln L + b \ln K)} \quad (4)$$

Auf dem Niveau der Besteuerung q^* kann man das höchste Wachstumstempo des regionalen BIP erwarten (auf der Basis der wirkenden Marktanreize für das Unternehmertum), q^{**} bedeutet das maximale Niveau der Steuererwartungen und der Steuerzahlungen.

Die Berechnung der Laffer-Punkte 1 und 2 ermöglicht den Durchschnitt des optimalen Besteuerungsniveaus für die Gesamtwirtschaft zu bestimmen. Aber es erscheint unwahrscheinlich, ein hohes BIP-Wachstum ohne wirksame steuerliche Bevorzugungs-Mechanismen zu erreichen, mit denen Investitionen mit Innovationen gefördert werden können. Daher müssen auch Berechnungen durchgeführt werden für die Bestimmung der maximal möglichen Steuerbelastung in den zu favorisierenden Unternehmensbereichen und für den innovativen Sektor im Besonderen. Dies kann mittels des ökonomisch-mathematischen Modells erreicht werden, wie in der Arbeit von E. Balatskij vorgeschlagen [2; 36-40].

Wenn die tatsächliche Höhe der Besteuerung q im Bereich zwischen diesen beiden Punkten des fiskalen Optimums verbleibt, so bedeutet dies, dass die Rezession begann, aber die regionalen Haushaltseinnahmen wachsen weiter. Nach den Resultaten von E. Balatskij zeigt sich offensichtlich ein Widerspruch zwischen den beiden Funktionen der Steuern: den regulatorischen und den fiskalischen (die erste neigt dazu, die Produzenten zu unterstützen, die zweite soll die Budgeteinnahmen sichern). Dies ist ein Problem, das nicht gelöst werden kann: die Lösung bei einer Veränderung der Höhe der Besteuerung bringt Vorteile entweder zu Gunsten der Steuerzahler (Produzenten) oder zu Gunsten des Budgets. Je breiter der Bereich des fiskalen Widerspruchs, desto größer wird der Antagonismus zwischen den beiden Funktionen der Besteuerung und umso weniger kann man hoffen, diesen Antagonismus zu überwinden [5; 129-131].

Allerdings sind solche Schlussfolgerungen verfrüht. Denn, erstens, es ist nicht ausgeschlossen, dass innerhalb eines Besteuerungsniveaus, das auf dem Laffer Punkt 1 q^* Steuererwartungen und Steuerzahlungen

$T^* (T^* = q^* Y^* = \eta q^* DK^{(a+bq^*)} L^{(n-m)q^*})$ nicht die Ausgaben der Regionalbudgets

$G (T^* \geq G)$ übersteigen und die kommunalen Finanzen werden ausgeglichen sein oder es wird ein Budgetüberschuss erzielt. In einem solchen Fall kommt es überhaupt zu keinem Fiskalkonflikt. Allerdings ist eine diese Situation nur während des Wirtschaftsbooms vorstellbar, - vor allem in Regionen, die Exporteure von Energieträgern sind. Zweitens, wenn Steuererwartungen und Steuerzahlungen T^* nicht ausreichend sind, um die Bedürfnisse der Öffentlichkeit ($T^* < G$), zu finanzieren, bzw. bevor es zu einer Erhöhung der Steuern kommt, ist es notwendig, die Möglichkeiten der Erweiterung des Bereiches der Steuerexpansion zu prüfen.

Staatsanleihen stellen eine alternative Finanzierungsquelle für Budgetausgaben dar. Jedoch ist ihre Nutzung begrenzt. Diese Kredite, die einen Ausgleich der beiden Seiten der örtlichen Finanzbilanz sichern sollen, müssen in einer bestimmten Zeitspanne mit Zinsen zurückgegeben werden. Daher muss man mit ihrer Hilfe die Ausgaben finanzieren, die zum Wachstum des regionalen BIP beitragen. Für die Bedienung und Rückzahlung von Krediten werden die Einnahmen des Budgets genutzt, weshalb die Basis der Besteuerung ausgeweitet werden muss. Dies muss erreichbar sein, ohne die steuerliche Belastung in der regionalen Wirtschaft zu erhöhen. Daher sollte keine Erhöhung der Steuern eintreten und bestehende Steuervergünstigungen sollten nicht abgeschafft werden. Auch sollten sich die Ausgaben durch das Regionalbudget nicht verringern, da sonst die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums in der Region für die Perspektive beschränkt werden.

Es ist zu beachten, dass viele post-sozialistische Länder, während des Übergangs zu Marktbedingungen durch Kreditaufnahmen beim Staat und im lokalen Bereich in den späten 90-er Jahren des XX Jahrhunderts bis zum Anfang der 2000er Jahre mehr oder weniger mit dem Problem der Schuldenlast konfrontiert wurden. Einigen Länder ist es gelungen, sich von der Schuldenlast zu erlösen. Durch Privatisierungen von staatlichen und kommunalen Unternehmen konnten Einnahmen erzielt werden, um Zinsen zu zahlen und Kredite zu begleichen. In einigen Ländern konnte ein Schuldenerlass erreicht werden. Einigen Ländern half die Aufnahme in die Europäische Union. Aber andere Länder, wie Ukraine und Russland, hatten große Anstrengungen zu unternehmen, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. Teilweise wurde durch erfolgreiche Umschuldungen erreicht, dass die Schuldenzahlungen optimiert wurden für einen Zeitgewinn für die Rückzahlung von Staatsschulden.

Dies erklärt, warum die Ausrichtung der ukrainischen und russischen

Schuldenmodellierungsstrategien in erster Linie auf der Suche nach Möglichkeiten gerichtet ist, Wege zu suchen, um die Schuldsituation in den Regionen zu stabilisieren, die Wirksamkeit von Maßnahmen zu verbessern und die Last aus der Staatsverschuldung zu reduzieren [12; 62-81, 6; 61-68, 13; 34-47]. Die Basis der Modelle machen in der Regel Gleichungen für Schätzungen der künftigen Schuldenlast unter Einbeziehung verschiedener Parameter der Wirtschaft aus. Dann können die Simulationsergebnisse mit den Indikatoren der Schuldenabsicherung verglichen werden. Für unsere Untersuchung ist es wichtig, die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit neue Kredite festzustellen, weil die Schuldenabsicherungsindikatoren eine maximal zulässige Grenze bei der Kreditexpansion nicht überschreiten dürfen.

Nachfolgend wird eine leicht modifizierte Formel vorgestellt zur Berechnung der grundlegenden Indikatoren für die ertragbare Schuldenlast [13; 34-47] in Verbindung mit ihren kritischen Werten.

Den Zustand der gesamten Zahlungsfähigkeit beschreibt diese Ungleichung:

$$d_t + d'_t = \frac{(1 + r_t)d_{t-1}}{(1 + x_t)(1 + p_t)} + \frac{(1 + r'_t)(1 + \delta_t)d'_{t-1}}{(1 + x_t)(1 + p_t)} + [h_t - e_t h_t^s] \leq A, \quad (5)$$

wobei

d_t (d_t) – der Teil der inneren Schuld beim regionalen BIP;

x_t – das Wachstumstempo des realen BIP in den Regionen;

p_t – das Inflationstempo;

r_t (r_t) – der mittlere nominale Zinsfuß für die inneren Kredite;

δ_t – das Wachstumstempo beim Dollar-Kurs;

h_t – der Anteil des primären Haushaltdefizits im BIP;

h_t^s – der Teil des Gesamtdefizits des Haushalts im BIP (Summe des Primärdefizits und der Schuldentzahlungen);

e_t – der Teil des Gesamtdefizits des Haushalts, der durch Kredite der Nationalbank finanziert wird;

t – Zeitperiode (Jahr);

A – der empfohlene Grenzwert für den Teil der Staatsschuld im BIP.

Bis zur Rezession in den Jahren 2008 - 2009 betrug der maximal zulässige Wert des Anteils der staatlichen und lokalen Schulden beim BIP 60%, was im Vertrag von Maastricht aufgenommen wurde (für EU-Länder empfohlen). Darüber hinaus, da in der Regel die Kosten für die Ausreichung von Gewinnung Staatsanleihen für Länder mit entwickelten Marktwirtschaften niedriger sind als in den post-sozialistischen Ländern, wurde für letztere vorgeschlagen, die Schuldenlast für deren Wirtschaft auf einem Niveau nicht höher 30 - 40% des BIP als halten. Aber heute wird für immer mehr Staaten mit entwickelten Marktwirtschaften empfohlen, die Schwelle der Verschuldung auf 30-40% des BIP zu reduzieren. Die Tatsache, dass viele Länder versäumt haben, über Jahrzehnte ihre Staatsverschuldung zu reduzieren, wenn der Anteil am BIP in der Nähe von 60% lag, legte den „Grundstein“ für die aktuelle Verschärfung der Schuldensituation [15; 17-27]. Angesichts der empfohlene Grenzwerte im Verhältnis zu den öffentlichen Schulden im BIP ist es für die Ukraine angeraten, das Niveau von 40% nicht zu überschreiten. Zum 31.12.2013 betrug die Staatsverschuldung der Ukraine 33,3% des BIP [32].

Zu beachten ist auch, dass der Vertrag von Maastricht auch festlegt, dass die Grenze des Haushaltsdefizits bei 3% des BIP liegen soll. Schon vor der Krise haben eine Reihe von EU-15 Ländern dieses Kriterium verletzt. Doch auch in Ländern wie Deutschland und Frankreich stieg das Haushaltsdefizit, um die strukturellen Reformen durchführen zu können für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft. Aber Griechenland, Spanien, Italien und Portugal nutzten eine flexible Auslegung dieser Notwendigkeit der Ausbilanzierung der öffentlichen Finanzen, um die Binnennachfrage zu stimulieren, wodurch die angesammelte Staatsverschuldung zugenommen hat [11; 105]. Daher ist es nach unserer Meinung für die Ukraine wichtig, vor allem angesichts des inländischen wirtschaftlichen und institutionellen Umfeldes, das Haushaltsdefizit nicht über einen sicheren Werte anwachsen zu lassen (in Übereinstimmung mit dem Haushaltsgesetz unseres Landes, ist dieses Niveau mit 3% des BIP festgelegt).

Nach den Berechnungen von S. Londar und V. Bashka sollten unter den aktuellen Bedingungen das Niveau der lokalen Kreditaufnahme und das Defizit der kommunalen Haushalte in der Ukraine nicht mehr als 4,0 % und 1,8 bis 2,0 % des regionalen BIP betragen [19; 13-14].

Der Anteil der Budgetausgaben für den Schuldendienst der örtlichen Verschuldung im BIP kann als sicher angesehen werden, wenn folgende Bedingung gilt:

$$s_t + s_t' = \frac{(r_t + 1/\tau_t)d_{t-1}}{(1+x_t)(1+p_t)} + \frac{(1+\delta_t)(r_t' + 1/\tau_t')d_{t-1}'}{(1+x_t)(1+p_t)} \leq B, \quad (6)$$

wobei

$s_t, (s_t)$ – der Teil der Budgetausgaben für die Bedienung der inneren Schulden im BIP;

$\tau_t, (\tau_t)$ – der mittlere Zeitpunkt der inneren Kreditaufnahme;

B – das empfohlene Grenzniveau des Teils der Ausgaben für die Schuldenbedienung im BIP.

Die zulässigen Belastungen aus den Zahlungen für die Schuldenbedienung aus den lokalen Budgets wird mit folgender Ungleichung berechnet:

$$w_t + w_t' = \frac{(r_t + 1/\tau_t)d_{t-1}}{(1+x_t)(1+p_t)n_t} + \frac{(1+\delta_t)(r_t' + 1/\tau_t')d_{t-1}'}{(1+x_t)(1+p_t)n_t} \leq C, \quad (7)$$

wobei

$w_t, (w_t)$ – das Belastungsniveau für das Budget bei den Zinszahlungen für die inneren Schulden;

n_t – das Teil der Budgeteinnahmen im BIP;

C – das empfohlene Grenzniveau des Anteils der Zahlungen für die Bedienung der örtlichen Schulden aus den Einnahmen des Budgets.

Aus der Bestimmung (7) folgt, dass bei der Erfüllung der Bedingungen (5) und (6) weitere lokale Kreditaufnahmen möglich sind, solange der Schuldendienst die Ausgaben des Regionalbudgets nicht über die Größe C (%) anwachsen lässt. Dies ist eine Einschränkung im Verhältnis zwischen der Absicherung durch Steuern und Schuldenaufnahme für die Ausgabenfinanzierung der Regionalbudgets.

Für die Bestimmung der optimalen Werte für eine Sicherung der Schuldenbedienung A, B und C in der Ukraine müssen weitere Untersuchungen durchgeführt werden.

Die positiven Resultate eines Vergleichs der möglichen Ausgabenindikatoren für die Belastung der staatlichen und lokalen Schulden mit den entsprechenden Indikatoren für die Sicherheit der Schuldenbedienung ist zwar eine notwendige Bedingung, aber keine ausreichende Bedingung für eine weitere staatliche und lokale Kreditaufnahme. Ebenso wichtig ist es, die effiziente Nutzung der für einen bestimmten Zeitraum und zu einem bestimmten Prozentsatz beteiligten staatlichen und kommunalen Anleihen zu bestimmen. Denn bei der Nichterfüllbarkeit der Ungleichungen (5), (6) und (7) und weiterer der oben genannten Bedingungen ist es sinnlos, weil die eingegangenen staatlichen und lokalen Schulden nur durch teure und kurzfristige Neukreditaufnahmen gedeckt werden können. Damit wird auch der Weg verbaut für zukünftige örtliche Kreditaufnahmen. Für ein solches Gebiet besteht die objektive Notwendigkeit, ein BIP-Wachstum zu erreichen und die Budgeteinnahmen zu erhöhen (neue Steuern) als Voraussetzung für die Ausweitung der Sicherungsgrenzen der Kreditfinanzierung für die Finanzausgaben der regionalen Haushalte.

Das Wachstum bei BIP und Budgeteinnahmen reduziert die Werte der Indikatoren zur Bestimmung der Schuldenlast. Dadurch wird das Vertrauen zu den Schuldeninstrumenten des Staates wieder gefestigt. In der Folge wird eine schrittweise Erweiterung der Möglichkeiten für den Erhalt von Krediten zu günstigeren Konditionen erreicht.

Vor der Verschlechterung der globalen Wirtschaftslage konnten die meisten Länder mit entwickelten Volkswirtschaften und auch die post-sozialistischen Länder (darunter die Ukraine) ihre Finanzressourcen für die Finanzierung von Investitionen in die marktwirtschaftliche Infrastruktur und in die soziale Sphäre nutzen, was auch indirekte Auswirkungen auf das BIP-Wachstum hatte. Gleichfalls konnten die staatlichen Verpflichtungen aus dem Schuldendienst durch eine Erweiterung der Besteuerungsbasis erreicht werden.

Aber aktuell besteht eine andere Situation. In den Jahren 2009 - 2011 hatten einige der EU-15-Länder die Möglichkeit, relativ kostengünstig langfristige Kredite zu nehmen. In der Folge wuchs die Staatsverschuldung deutlich schneller als das BIP. Damit drohte der Ausbruch der Schuldenkrise.. Aber zur gleichen Zeit wurde auch die Verbesserung der modernen Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Westeuropa erreicht, vor allem durch den Ausbau der staatlichen Eingriffe in die sozialen und wirtschaftlichen Prozesse in den Regionen, einschließlich einer Erhöhung der Ausgaben der regionalen Budgets für wirtschaftliche Ziele, finanziell

unterstützt durch Regierungsanleihen und Kommunalanleihen [22; 120-126].

Ebenfalls muss bedacht werden, dass eine Beschleunigung der inneren Verschuldung mit der Gefahr der Verringerung von Investitionen des privaten Sektors verbunden ist. Dies ist äußerst unerwünscht aufgrund fehlender Investitionsressourcen in den Regionen, was heute in der Ukraine beobachtet wird. Daher ist es vor allem in der aktuellen Wirtschaftslage wichtig, einen "Haushalt der Regionen" (in erster Linie für die Finanzierung von Investitionsvorhaben) mit erhöhten staatlichen und lokalen Darlehen zu bilden. Diese Machbarkeits der lokalen Kreditaufnahme sollte aus der Effizienz der Investitionen ermittelt werden und ist daher die Bedingung der finanziellen Sicherheit für die Rückzahlung des Kreditbetrags und der Zinsen. Mathematisch kann der weitere Verlauf des Projekts (mit Steuerzahlungen aus dem Einkommen) von kumulierten Haushaltseinnahmen bezahlt werden und mit folgendem Ausdruck dargestellt werden:

$$Z_i + R_i \leq P_i, \quad (8)$$

wobei

Z_i – die erhaltene Summe für die Finanzierung des Investitionsprojekts mit staatlichen Schulden;

R_i – die Summe der gezahlten Zinsen für die staatlichen Schulden;

P_i – die im Budget akumulierte Einnahmen aus der Realisierung des Projekts.

Es erscheint so, als ob die Voraussetzung für inländische Kreditkonditionen denen von Beteiligungen von Bankkrediten entspricht. Daher könnte die Verwendung von Kommunalanleihen für Investitionen zur Umsatzsteigerung in der Region als Irrationalität gewertet werden. Jedoch ist es nicht so. In der Ukraine sind die Kosten und den Zeitpunkt der Kreditvergabe durch die Banken in der Regel nicht attraktiver als die Einnahmen für Service und das Erhalten von Einnahmen aus staatlichen Schuldverbindlichkeiten. Darüber hinaus kann der Staat geliehenen Ressourcen effektiver nutzen, hauptsächlich durch Investitionen in staatliche und kommunale High-tech Unternehmen, unter Ausnutzung seiner Monopolstellung bei der Eigenproduktion oder Finanzierung von Produkten aus der High-Tech-Branche, darunter auch mit Beteiligung von Privatkapital (Modernisierung von privaten Unternehmen im Austausch für das Entscheidungsrecht, bzw. für Anteile am

Betriebsvermögen). Durch diese Aktivierung des staatlichen und kommunalen Sektors in der Wirtschaft wird eine Multiplikatorwirkung für die Erholung der Produktion und der Investitionen im Privatsektor erreicht, was sich positiv auf die Entwicklung der Wachstumsdynamik des regionalen BIP auswirkt. Doch dieser Ansatz zum Einsatz von Kommunalanleihen muss durch eine gründliche Untersuchung der Probleme zum Finden von Objekten für eine effektive Kapitalanlage in der regionalen Wirtschaft begleitet werden.

Setzt man nun den Indikator Z_i hinzu, der aus den Bedingungen von (8) folgt, so erhält man eine wirtschaftlich erforderliche Summe der staatlichen und kommunalen Verschuldung (Z). Dies kann durch folgende Gleichung zum Ausdruck gebracht werden:

$$Z = \sum_{i=1}^n Z_i, \quad (9)$$

wobei

n – die Anzahl von Objekten mit einer Kapitalanlage in der regionalen Wirtschaft.

Wenn nun die Summe der Steuererwartungen und Steuerzahlungen T^* und die wirtschaftlich eingesetzten staatlichen und kommunalen Schulden (Kreditaufnahmen) Z aus der Höhe der Staatsausgaben G verglichen werden, können Schlussfolgerungen gezogen werden:

- 1) Wenn also die Steuereinnahmen und die Kreditaufnahmen (Verschuldung) die Finanzierung der staatlichen Erfordernisse absichern ($T^* + Z \geq G$), so kann von einer optimalen Strategie bei der Fiskalregulierung in den Regionen ausgegangen werden und es wird ein Niveau der Besteuerung erreicht, der dem Laffer Punkt 1 q^* und dem Umfang der Verschuldung Z entsprechen. In diesem Fall wird das Budget ausgeglichen durch die staatliche Defizitverschuldung, und die Wirtschaft erhält ein Maximum an Motivierung für ihre Tätigkeit sowohl durch die Einführung eines gerechten Besteuerungsumfeldes für die Wirtschaft, als auch durch die Multiplikatorwirkung der Kapitalinvestitionen des Staates in die Entwicklung der Regionalwirtschaft.
- 2) Wenn aber sich zeigt, dass die Steuererwartungen und die Steuerzahlungen T^* und die wirtschaftlich erforderliche staatliche und kommunale Kreditaufnahme (Verschuldung) Z nicht ausreichend ist für die Finanzierung der Staatsausgaben G ($T^* + Z < G$), so muss eine Erhöhung der Besteuerung q geprüft werden. Eine solche Erhöhung der Besteuerung hat aber einen Sinn nur bis zum Niveau des Laffer Punktes 2 q^{**} , für den dann der maximale Umfang der Steuererwartungen und Steuerzahlungen T^{**} eintreten muss.

Eine solche Entscheidung sollte aber erst nach der Einschätzung der Effektivität der Umverteilung des regionalen BIP durch das Budget und durch staatliche Sozialfonds erfolgen.

Nach dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit in der Entwicklung der staatlichen Steuerpolitik [17; 138-140], kann die Besteuerung in der Nähe des Optimums Berücksichtigung finden, wenn sie in der Form von öffentlichen Gütern für das Wohl der Gesellschaft Verwendung findet. In der Realität muss eine wirksame Verwendung der angesammelten Gewinne und Steuerzahlungen auf ein Wirtschaftswachstum spürbar werden, womit die grundlegende Entwicklung der Gemeinschaft gesichert wird. Dies bedeutet, dass Steuererhöhungen nur dann angemessen wären, wenn das BIP so umverteilt wird durch das Budget des Staates und die Sozialfonds, dass eine sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft ergibt, womit ein aktives Funktionieren der Marktbedingungen unter einer gerechten Besteuerungsumwelt für die Wirtschaft erreicht wird.

Nachfolgend die mathematische Interpretation dieses Sachverhalts.

Berechnet man die Höhe der Steuererwartungen und Steuerzahlungen T' , so ist für die Ausgabenfinanzierung des Staates G erforderlich:

$$T' = G - Z, \quad (10)$$

wobei

T' die maximale Höhe der Steuererwartungen und Steuerzahlungen T^* übersteigen kann T^{**} ($T^* < T' \leq T^{**}$).

Dementsprechend, auf der Grundlage der modifizierten Gleichung (2) befindet sich die Höhe der Besteuerung q' , zu der man die Steuererwartungen und Steuerzahlungen im Volumen von T' akkumulieren muss, in der Zone zwischen den Laffer Punkten 1 und 2 ($q^* < q' \leq q^{**}$).

Die Überprüfung der Effektivitätsbedingungen der Umverteilung des BIP über das Budget und die staatlichen Sozialfonds kann durch ökonomisch-mathematische Modelle und durch Expertenschätzungen erfolgen. Folgende Ungleichung kann

angewendet werden:

$$|\Delta Y(\Delta q)| < |\Delta Y(\Delta T)|, \quad (11)$$

wobei

$\Delta Y(\Delta q)$ – die Verringerung des BIP in der Folge der Erhöhung des Besteuerungsniveaus Δq von q^* bis q' ($\Delta q = q' - q^*$) darstellt;

$\Delta Y(\Delta T)$ – die Erhöhung des BIP im Resultat der Umverteilung der Steuererwartungen und Steierzahlen ΔT ($\Delta T = T' - T^*$) als Folge der Erhöhung des Besteuerungsniveaus Δq darstellt.

Die Ungleichung (11) zeigt die Durchführbarkeit der Festsetzung der Höhe der Besteuerung auf der Ebene q , die die Akumulation von Steuererwartungen und Steierzahlen T' sichert, die benötigt wird, um die Staatsausgaben G auf dem Niveau T' zu finanzieren.

Wenn die Bedingung (11) nicht erfüllt wird, d.h. wenn eine Erhöhung der Umverteilung des regionalen BIP über das Budget und/oder über die staatlichen Sozialfonds kein höheres wirtschaftliches Wachstumstempo sichert, und wenn keine Aktivierung der Marktsubjekte unter den Bedingungen des gerechten Niveaus der Besteuerung erreicht werden kann (für die Ukraine ist dies insgesamt möglich, da es einer großen Kraftanstrengung bedarf, um die Budgetpolitik effektiver zu gestalten), dann sollte das Niveau der Besteuerung q nicht über den Laffer Punkt 1 q^* erhöht werden. Demnach sollte die Steuererwartung und Steuereinnahme T auf dem Punkt T^* einrichten.

Schließlich wird die Höhe der Steuer (T) und das Absichern der Funktion des Staates durch Verschuldung für seine Ausgaben mit Hilfe der folgenden Ungleichung verglichen:

$$T + Z \geq G \quad (12)$$

Wenn die Bedingung (12) nicht erfüllt wird, aber dies ist möglich bei der Festlegung

eines Niveaus der Besteuerung q auf einer Position wie q^* , aber auch q' (unter der Bedingung $q' = q^{**}$), so muss für eine Vermeidung der Krise der Staatsfinanzen eine Veränderung bei den Ausgaben und/oder der Struktur der Staatsausgaben vorgenommen werden, um einen Ausgleich zu erhalten. Jede andere Entscheidung zugunsten der Stärkung der Rolle der Umverteilungsprozesse, ohne dass Verbesserungen in der Dynamik der regionalen Wirtschaftsentwicklung eintreten, verringert die Marktanreize für das Unternehmertum.

Das Problem der Wahl einer Strategie der Haushaltskonsolidierung ist nicht nur ein günstiges steuerliches Umfeld für die Wirtschaft in den Regionen zu schaffen, die mit einer maximalen Einnahmenseite des Staatshaushalts und der Sozialfonds verbunden sind, sondern beinhaltet auch die Optimierung der Transformation der Steuererwartungen und Steuerzahlungen für die Staatsausgaben und die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen für diese Ausgaben.

Die Möglichkeiten der Absicherung des Funktionierens des Staates mit Steuern verlangt einen möglichen fiskalen Effekt bei der staatlichen und örtlichen Verschuldung (Kreditaufnahme) und bei der Ausgabenfestlegung im Budget und bei den staatlichen Sozialfonds. Es geht um eine Strategie, in der die Bedingungen für die Erreichung eines dynamischen Wachstums des regionalen BIP durch die Schaffung von gerechten und günstigen Steuerbedingungen für Unternehmen und/oder für die Erweiterung der Bereiche der finanziellen Aktivitäten des Staates festgelegt sind. Die Besteuerung wird dialektisch mit den Verschuldungsinstrumenten zur Erhöhung der Haushaltseinnahmen verbunden, um die notwendige Finanzierung der Gemeinschaftsausgaben zu ermöglichen und das optimale Funktionieren des sozio-ökonomischen Systems im Staat zu gewährleisten sowohl als Ganzes als auch in den Regionen insbesondere.

In der Ukraine sollten staatliche und lokale Kreditaufnahme in erster Linie für Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen eingesetzt werden. Die Kreditaufnahme für andere Zwecke kann eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Prozesse in den Regionen einschränken und das regionale BIP-Wachstum in der Zukunft einschränken. Die Bedienung der staatlichen und lokalen Kredite und die Zahlung von Zinsen für die Schulden könnte dann nicht zu einer Verbreiterung der Besteuerungsgrundlagen führen und es könnte eine Finanzkrise drohen, wenn die Steuereinnahmen nicht ausreichen, um neben den erforderliche

Mindestausgaben des Staates auch die Schuldenzahlungen zu finanzieren. Damit würden in der Zukunft auch die Möglichkeiten für die Gewinnung neuer Kredite nicht zur Verfügung stehen. Ebenfalls muss beachtet werden, dass die aktuellen (sozialen) Staatsausgaben die Steuererwartungen und Steuereinnahmen übersteigen. Auch dies gehört zu den Bedingungen, um die Dynamik der regionalen Wirtschaftsentwicklung durch Verbesserung der Effizienz der Umverteilung des BIP zu verbessern. So darf das ursprünglich geplante Gesamtvolumen und die Struktur der Staatsausgaben und der staatlichen Sozialfonds, obwohl sie als ein Grundprinzip bei der Bestimmung der Grenzen der fiskalischen Expansion anzusehen sind, aber nicht Selbstzweck sein, da sie das wirksame Funktionieren der Regionen nur durch geeignete Quellen der Finanzierung gewährleisten. Nicht durch Steuerzahlungen können die aktuellen (sozialen) Kosten abdecken neben den staatlichen und lokalen Kreditaufnahmen (bei unzureichenden Steuereinnahmen). "Die Entwicklungskosten für die Region" verlangen eine Überarbeitung für ihre zukünftige Gestaltung.

Natürlich, in Bezug auf die Legalisierung (der Schattenwirtschaft) und andere Transformationen in der Wirtschaft der Ukraine, sowie die Erhöhung der Effizienz der Umverteilungsprozesse im Allgemeinen und insbesondere des Steuersystems, basierend auf den Gleichungen (1) - (12) können sich im Laufe der Zeit Indikatoren ändern, die sich auswirken auf die komplizierte fiskalische Anpassung für eine Strategiebildung; und das Erreichen von Fortschritten in der Entwicklung der Marktbeziehungen in der Ukraine. Die Faktoren der Wirtschaftsentwicklung können zünftig so flexibel werden, dass der Abstand zwischen den Punkten des fiskalischen Optimums sich auf ein Minimum reduzieren könnte und erneute Anpassungen an das Ausgangsschema der Simulation erforderlich werden. Allerdings bedeutet dies nicht die Einengung der Aktualität für die Suche nach praktischen Lösungen des von uns vorgeschlagenen Algorithmus für die Auswahl der Steuerschuld und Kreditaufnahme in den Regionen zur Sicherung der Funktionsweise der Regionen. Es kommt auf eine koordinierte Verbesserung der Steuerpolitik, der Budgetpolitik und der Schuldenpolitik an, wobei es um Alternativen geht für den Aufbau einer Finanzinfrastruktur zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen.

Auch wenn gegenwärtig in der Ukraine die statistische Basis nicht in der Lage ist, um die Laffer Punkte 1 und 2 für die letzten Jahren berechnen zu können, so können doch Vergleiche bei den Staatsausgaben durchgeführt werden, auch zu erwartende Steuern und Steuerzahlungen und wirtschaftlich notwendige staatliche und örtliche Kreditaufnahmen können als Orientierung für Korrektur der Fiskalregulierung

genutzt werden. Es geht dabei hauptsächlich um die Ausgabenstruktur, die Änderung der Besteuerungsgrenzwerte in die Richtung einer Erweiterung, einschließlich der Verwendung von Ansätzen mit Szenarien zur Optimierung der Nutzung des fiskalischen Regulierungspotentials in den Regionen.

Wir glauben, dass zur Vermeidung einer Schuldenkrise und einer drastischen Haushaltskonsolidierung, die heute eine Reihe von EU-Ländern betreffen, und die die Umsetzung der europaintegrativen Absichten der Ukraine beeinträchtigen können, ist vor allem in der Ukraine notwendig, eine Berechnung der Laffer Punkte 1. und 2 als Indikatoren für die Suche einer optimalen Besteuerungspolitik durchzuführen. Dabei geht es auch um die Überprüfung der Grenzen der Kreditexpansion auf Basis von modernen Ansätzen zur Schuldensicherheit der Ukraine; um die staatlichen und lokalen Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Ausgaben des Budgets für die Wirtschaftsentwicklung in den Regionen, um die Verbesserung der Auswahlmethoden für Objekte der Kapitalanlage in Regionen (auch in Verbindung einer staatlich-privaten Partnerschaft) und um die Koordinierung der Investitionen durch Kreditaufnahme durch den Staat und lokale Ebenen; um eine Verringerung der (sozialen) Ausgaben der regionalen Budgets bei unzureichenden Steuereinnahmen für ihre Finanzierung.

Literaturquellen

1. Балацкий Е. Анализ влияния налоговой нагрузки на экономический рост с помощью производственно-институциональных функций / Е. Балацкий // Проблемы прогнозирования. – 2003. – №2. – С. 88 – 107.
2. Балацкий Е.В. Диффузионная модель динамики инновационного рынка с учетом налогового фактора / Е.В. Балацкий, В.И. Лапин // Финансовый бизнес. – 2004. – №4. – С. 36 - 40.
3. Балацкий Е. Инвариантность фискальных точек Лаффера / Е. Балацкий // Мировая экономика и международные отношения. – 2003. – №6. – С. 62 - 71; Балацкий Е. О природе несостоятельности российской фискальной системы / Е. Балацкий // Общество и экономика. – 2004. – №11-12. – С. 127 - 136.
4. Балацкий Е. Лафферовы эффекты и финансовые критерии экономической деятельности / Е. Балацкий // Мировая экономика и международные отношения. – 1997. – №11. – С. 31 – 43.
5. Балацкий Е. О природе несостоятельности российской фискальной системы / Е. Балацкий // Общество и экономика. – 2004. – № 11-12. – С. 129 – 131.
6. Балацкий Е. Прогнозирование динамики внешнего долга: модели и оценки / Е. Балацкий, В. Свистунов // Мировая экономика и международные отношения. – 2001. – №2. – С. 40 - 46 и 2001. – №3. – С. 61 – 68.

7. Балацкий Е. Роль государственного сектора в национальной экономике: общемировые тенденции / Е. Балацкий, В. Конышев // Общество и экономика. – 2003. – № 7-8. – С. 5 – 28.
8. Балацкий Е. Точки Лаффера и их количественная оценка / Е. Балацкий // Мировая экономика и международные отношения. – 1997. – №12. – С. 85 – 94.
9. Балацкий Е. Эффективность фискальной политики государства / Е. Балацкий // Проблемы прогнозирования. – 2000. – №5. – С. 32 – 45.
10. Барулин С.В. Лафферовы эффекты в экономике современной России / С.В. Барулин, О.Н. Бекетова // Финансы. – 2003. – №4. – С. 34 – 37.
11. Буторина О. Причины и последствия кризиса в зоне евро / О. Буторина // Вопросы экономики. – 2012. – № 12. – С. 105.
12. Вавилов А. Стабилизация и управление государственным долгом России / А. Вавилов, Г. Трофимов // Вопросы экономики. – 1997. – №12. – С. 62 – 81.
13. Івашук О.Т. Кількісні методи фінансового прогнозування боргової стратегії держави: концептуалізація, методологія, практика / О.Т. Івашук, Н.Я. Кравчук // Світ фінансів. – 2004. – №1. – С. 34 - 47.
14. Илларионов А. Размеры государства и экономический рост / А. Илларионов, Н. Пивоварова // Вопросы экономики. – 2002. – №9. – С. 18 - 45.
15. Козюк В. Проблема оптимальної величини державної заборгованості у довгостроковій перспективі / В. Козюк // Світ фінансів. – 2012. – №2. – С. 17 - 27.
16. Крисоватий А.І. Оподаткування і ринок: умови та можливості поєднання: Монографія / А.І. Крисоватий. – Тернопіль: Видавництво Карп'юка, 2000. – 246 с.
17. Крисоватий А.І. Теоретико-організаційні домінанти та практика реалізації податкової політики в Україні: Монографія / А.І. Крисоватий. – Тернопіль: Карт-бланш, 2005. – 371 с.
18. Куликов А.Г. Графический метод расчета ВВП и поступление налогов в бюджет / А.Г. Куликов, И.П. Павлов // Финансы. – 2000. – №5. – С. 36 - 40.
19. Лондар С.Л. Підходи до систематизації й контролю ризиків, пов'язаних із управлінням державним боргом в Україні / С.Л. Лондар., В.Й. Башко // Фінанси України. – 2012. – №6. – С. 13 - 14.
20. Нигматулин Р. Об оптимальной доле государственных расходов в ВВП и темпах экономического роста / Р. Нигматулин // Вопросы экономики. – 2003. – №3. – С. 125 – 131.
21. Папава В. Лафферов эффект с последствием / В. Папава // Мировая экономика и международные отношения. – 2001. – №7. – С. 34 - 39.
22. Рябов П.В. Бюджетная политика властей в условиях мирового экономического кризиса: государственные долги / П.В. Рябов // Проблемы прогнозирования. – 2012. – №1. – С. 120, 126.
23. Тамбовцев В. Об экономическом росте и размерах государства / В. Тамбовцев // Вопросы экономики. – 2003. – №6. – С. 119 - 121.
24. Beach W. Why Taxes Affect Economic Growth / W. Beach. – Heritage Lectures No 4341, 1998 // [Електронний ресурс]. – Режим доступу: http://s3.amazonaws.com/thf_media/1998/pdf/hl624.pdf.
25. Corsetti G. Optimal Government Spending and Taxation in Endogenous Growth Models / G. Corsetti, N. Roubini. – NBER Working Paper No 5851, 1996 // [Електронний ресурс]. – Режим доступу: <http://www.nber.org/papers/w5851.pdf>.

26. Easterly W. Fiscal Policy and Economic Growth: An Empirical Investigation / W. Easterly, S. Rebelo. – NBER Working Paper No 4499, 1993 // [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.nber.org/papers/w4499.pdf>.
27. Gerson Ph. The Impact of Fiscal Policy Variables on Output Growth. / Ph. Gerson. – IMF Working Paper No 1, 1998 // [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/wp9801.pdf>.
28. Gwartney J. Economic Freedom of the World: 2011 Annual Report / J. Gwartney, J. Hall, R. Lawson, J-P. Chauffor, M.D. Stroup // [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.cato.org/economic-freedom-world>.
29. Sala-i-Martin X. 15 Years of New Growth Economics: What Have We Learnt? / X. Sala-i-Martin. – Columbia University Discussion Paper No 0102-47, 2002// [Электронный ресурс]. – Режим доступа: www.columbia.edu/cu/economics/discpaper/DP0102-47.pdf.
30. Tanzi V. Public Spending in the 20th Century: a Global Perspective / V. Tanzi, L. Schuknecht. – Cambridge University Press, 2000 // [Электронный ресурс]. – Режим доступа: http://assets.cambridge.org/052166/2915/sample/0521662915_sn01.pdf.
31. Wagner A. Classics in the Theory of Public Finance. Ed. By R. A. Musgrave, A.T. Peacock / A. Wagner. – New York, St. Martin's Press, 1967 // [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.palgrave.com/products/title.aspx?is=0333613554>.
32. Ministerium für Finanzen der Ukraine:
http://www.minfin.gov.ua/control/uk/publish/archive/main?cat_id=224493.